

Entwicklungspolitischer Rundbrief Nr. 21

Heike Hänsel

Entwicklungspolitische Sprecherin und Obfrau
im Unterausschuss Vereinte Nationen

Hüseyin-Kenan Aydin

Obmann im Ausschuss für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung



Berlin, den 29.2.2008

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

im Februar freuten wir uns mit der afghanischen Parlamentarierin **Malalai Joya**, die im Rahmen der Berlinale für ihren mutigen Einsatz für Menschenrechte in ihrem Land mit dem International Human Rights Award von Cinema for Peace ausgezeichnet wurde. Anlässlich ihres Besuchs in Deutschland war Malalai Joya Referentin mehrerer Veranstaltungen der Fraktion DIE LINKE. und wohnte der Bundestagsdebatte zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr bei. Wir dokumentieren ab S. 2:

- Pressemitteilung von Heike Hänsel (12.2.2008): Herzlichen Glückwunsch, Malalai Joya!
- Rede von Heike Hänsel (14.2.2008): Demokratische Kräfte in Afghanistan unterstützen!
- Interview mit Malalai Joya im Neuen Deutschland (19.2.2008): »Die Fundamentalisten sitzen längst in der Regierung Karsai«

Aus gegebenem Anlass fordert DIE LINKE von der deutschen **Afrikapolitik** das konsequente Eintreten für Menschenrechte und die Unterstützung derjenigen Kräfte, die sich unter schwierigen Bedingungen für grundlegende demokratische Rechte einsetzen. Wir dokumentieren ab S. 7:

- Rede von Hüseyin Aydin (22.2.2008): Die Kritik an der Unterdrückung in Simbabwe darf keine Frage des politischen Opportunismus sein!
- Pressemitteilung von Hüseyin Aydin (29.2.2008): Menschenrechtliga im Tschad bedroht – Das ist eine Hexenjagd gegen die demokratische Opposition

Tropenwaldschutz ist Klimaschutz. Aus diesem Grund thematisiert DIE LINKE die Verdrängungs- und Entwaldungsprobleme in den Ländern des Südens, die durch den Agroenergieboom in Europa ausgelöst werden. Die ausschussübergreifende Biomasse-Anhörung im Bundestag am 20. Februar hat die Bedenken der Linksfraktion bestätigt. Wir dokumentieren ab S. 10:

- Rede von Heike Hänsel (24.1.2008): Tropenwaldschutz ist Klimaschutz
- Positionspapier der Fraktion DIE LINKE (21.2.2008): Keine Agroenergien aus Raubbau oder Vertreibung – Biomasse nachhaltig erzeugen und nutzen

Herzlichen Glückwunsch, Malalai Joya

Malalai Joya ist die diesjährige Preisträgerin des International Human Rights Award, der im Rahmen der Berlinale von der Initiative Cinema for Peace vergeben wird. Im Namen der Fraktion DIE LINKE gratuliert Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion:



11.2.2008: Malalai Joya erhält auf der Gala von Cinema for Peace den Menschenrechtspreis

Malalai Joya kämpft in Afghanistan unter schwierigsten Bedingungen für die Menschenrechte und eine friedliche und demokratische Entwicklung ihres Landes. Sie stellt sich dabei mutig gegen Fundamentalisten, Warlords, Drogenbarone und andere Kriegsgewinnler in ihrem Land, aber auch gegen die Besatzungspolitik.

Der Film „Enemies of Happiness“, für den sie ausgezeichnet wurde, dokumentiert ihre Arbeit eindrucksvoll. Wir freuen uns, dass die Auszeichnung die wichtige Arbeit von Malalai Joya einer internationalen Öffentlichkeit bekannt macht, und hoffen, dass diese Öffentlichkeit zu mehr Unterstützung und mehr Schutz beiträgt.

In diesem Zusammenhang appelliere ich an den Bundestagsausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Malalai Joya in das Schutzprogramm „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ aufzunehmen.

Renate Künast, Fraktionsvorsitzende der Grünen, die im vergangenen Herbst im Plenum Malalai Joya auf unverschämte Art und Weise angegriffen hat, fordern wir auf, den Besuch von Malalai Joya für eine längstüberfällige Entschuldigung zu nutzen.

14.2.2008, Rede

Demokratische Kräfte in Afghanistan unterstützen!

Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, fordert in der Aktuellen Stunde zu Afghanistan einen Politikwechsel und Unterstützung für die demokratischen Kräfte in diesem Land.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr von Kläden, ich möchte zunächst einmal zu den Vergleichen kommen, die Sie hier gezogen haben und die absolut unzulässig sind. Dass Sie uns und insbesondere Herrn Gysi mit faschistischen Tendenzen beleidigen - „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“ -, möchte ich im Namen unserer Fraktion ganz klar zurückweisen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier (fraktionslos) Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Lesen Sie die Zeitung?)

Bezüglich der Einschätzung der Sicherheitslage im Norden habe ich jetzt eine Frage an Sie: Lesen Sie auch die regelmäßigen Berichte der Bundeswehr über den signifikanten Anstieg der Zahl der Anschläge im Norden? Wenn Sie nach Afghanistan fahren, werden Sie stark geschützt. Sie machen Blitzbesuche; Frau Merkel kündigt ihren Besuch nicht einmal an. Aus dem Entwicklungsausschuss waren zwei Leute im Norden Afghanistans; sie wurden ebenfalls stark geschützt, die Begleiter waren schwerbewaffnet. Wir vom Entwicklungsausschuss wollten bereits zweimal nach Afghanistan fahren. Das wurde aus Sicherheitsgründen abgesagt. Trotzdem sprechen Sie von einer Sicherheitslage im Norden Afghanistans, die für die Menschen erträglich ist. Das kann ich hier nur ganz klar zurückweisen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier (fraktionslos))

Nach sieben Jahren Militärpräsenz wird die Sicherheitslage für die Menschen in dieser Region immer schlechter.

Zur Instrumentalisierung der Politik und der Soldaten und Soldatinnen. Sie instrumentalisieren die Soldaten und Soldatinnen, um von einer fehlenden Politik abzulenken. Sie haben keine politische Lösung für Afghanistan. Ihnen geht es um Bündnistreue. Wie Herr Lamers sprechen auch Sie von der Glaubwürdigkeit der NATO, die dort auf dem Spiel steht. Deswegen sind dort Soldaten und Soldatinnen, die kämpfen. Das ist für mich eine Instrumentalisierung der Leben von Soldaten und Soldatinnen, da wir hier nicht fähig sind, politische Lösungen für dieses Land zu entwickeln.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier (fraktionslos))

Herr von Klaeden, ich möchte Ihnen auch noch etwas bezüglich Ihres Gedächtnisses sagen. Sie sprachen von der Sowjetunion. Wer hat denn in den 80er-Jahren die Taliban, die Mudschaheddin und pakistanische Söldner systematisch finanziert, ausgebildet und ausgerüstet? Das war die US-Regierung.

(Beifall bei der LINKEN)

Die werden jetzt auch von deutschen Soldaten bekämpft. Wer hat diese Kräfte über Jahrzehnte stark gemacht?

(Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Trittin hat das doch richtig auf den Punkt gebracht!)

Jetzt muss das Bündnis in Afghanistan gegen diese Kräfte kämpfen das ist der Zynismus der Politik, während wir hier im Parlament sitzen. Man spricht hier noch nicht einmal von Kämpfen. In diesem Land, in Afghanistan wird Krieg geführt – das wird hier mit keinem Wort erwähnt –, und die Bundeswehr ist dabei. Die Süddeutsche Zeitung hat am 7. Februar 2008 sehr gut getitelt: „Kämpfen, aber nicht darüber reden“. Wir müssen darüber reden und uns fragen lassen – vor allem Sie –, ob Sie das vor dem Hintergrund der Situation in Afghanistan verantworten können.

Aus entwicklungspolitischer Sicht – ich bin ja Entwicklungspolitikerin – kann ich nur sagen: Nach diesen sieben Jahren ist die Lebenssituation der Menschen katastrophal. Wir müssen uns auch fragen lassen, wohin sehr viele Gelder dieser Entwicklungshilfe fließen. Wir müssen auch über die Korruption der dortigen Regierung sprechen: Welches System wird dort eigentlich von ISAF aufrechterhalten? Mit welchen Kräften kooperieren Sie dort, mit demokratischen Kräften oder mit Warlords und Drogenbaronen, die im Parlament sitzen? Über 60 Prozent der Abgeordneten in Afghanistan haben militärischen oder Drogenhintergrund; dies müssen wir doch einmal ansprechen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier (fraktionslos))

In zehn, 20 Jahren werden Sie diese Kräfte bekämpfen müssen, etwa die Nordallianz, die systematisch aufgebaut wird, weil sie mit dem Westen kooperiert. Das ist die Situation in Afghanistan, die auch mit einer Unglaubwürdigkeit den Menschen gegenüber einhergeht. Fragen Sie doch einmal in Ihrer FU-Umfrage nach der Akzeptanz und Glaubwürdigkeit der Regierung in Afghanistan.

(Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Das ist nicht meine Umfrage! Freie Universität!)

Die Menschen vertrauen dieser Regierung nicht mehr, weil sich ihre Lebenssituation nicht verbessert.

In diesem Zusammenhang begrüße ich eine mutige Frau, die auf der Besuchertribüne sitzt: die afghanische Parlamentarierin Malalai Joya.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Gert Winkelmeier (fraktionslos))

Sie hat am Montag den Human Rights Award von „Cinema for Peace“ bekommen, weil sie genau das thematisiert, was ich hier anspreche: die schreckliche Situation für Frauen und die insgesamt schreckliche Menschenrechtssituation in diesem Land. Sie spricht von Kollegen im Parlament, die Kriegsverbrecher sind. Sie spricht von

(Rainer Arnold (SPD): Ist sie der Meinung, die deutschen Soldaten sollten heimgehen?)

Können Sie hier bitte einmal für Ruhe sorgen?

(Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Beantworten Sie doch mal die Frage! Sie instrumentalisieren sie! Sie missbrauchen sie für Ihre Propaganda!)

Sie spricht von der schrecklichen Situation. Sie hat genau das gesagt: Sie sind Opfer zwischen US-feindlichen Fundamentalisten und US-freundlichen Fundamentalisten.

(Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Will sie, dass die Bundeswehr abzieht?)

Das ist keine Zukunft für Afghanistan.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier (fraktionslos))

Wir wollen, dass diese demokratischen Kräfte unterstützt werden, Herr von Klaeden. Aber Frau Joya konnte nicht einmal im Auswärtigen Ausschuss reden, obwohl wir darum gebeten hatten. Seit Monaten bemühen wir uns darum, dass sie in das Netzwerk

„Parlamentarier schützen Parlamentarier“ aufgenommen wird. Es gibt seitens des Auswärtigen Amtes immer neue Verzögerungen. Wenn solche Menschen, die mutig die Zukunft Afghanistans repräsentieren, weil sie den Mund aufmachen, nicht einmal hier in Deutschland unterstützt werden, dann brauchen Sie von Demokratisierung in Afghanistan gar nicht mehr zu reden.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier (fraktionslos) Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg) (CDU/CSU): Es gibt dort nur Parlamentarierinnen, weil wir da sind!)

Wir brauchen einen Politikwechsel in Afghanistan. In meinen Augen ist die Bundeswehr Teil des Problems und nicht der Lösung. Wir müssen langfristig auf demokratische Kräfte in Afghanistan setzen. Dazu gehören Malalai Joya und viele mutige Journalisten, die jetzt Todesstrafen ausgesetzt sind, weil sie die Fundamentalisten kritisieren. Wo ist da die Bundesregierung, wo ist ISAF? Werden diese Menschen geschützt? Da passiert nichts. Deswegen brauchen wir einen Politikwechsel. Ich bedanke mich noch einmal ausdrücklich, dass es so mutige Menschen wie Malalai Joya gibt. Sie sollte sogar an der Ausreise gehindert werden. Ich hoffe, dass wir uns alle dafür einsetzen, dass solche Menschen in Afghanistan stärker geschützt werden.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier (fraktionslos) Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD): Von wem geschützt?)

19.2.2008, Interview

»Die Fundamentalisten sitzen längst in der Regierung Karsai« - Menschenrechtspreisträgerin Malalai Joya über die Situation in ihrer Heimat Afghanistan

Malalai Joya kämpft in Afghanistan unter schwierigsten Bedingungen für die Menschenrechte und eine friedliche und demokratische Entwicklung. Im Mai 2007 wurde die 28-jährige Abgeordnete aufgrund ihrer öffentlichen Kritik an der Präsenz von Kriegsverbrechern im Parlament mit dem Entzug ihres Mandats bestraft. In ihrer Heimatstadt Farah hat sie ein Gesundheitszentrum für Frauen und Kinder gegründet. Auf der Berlinale erhielt sie den Internationalen Menschenrechtspreis.

Mit ihr sprach Knut Henkel.

ND: Frau Joya, welche Bedeutung hat der Internationale Menschenrechtspreis, den Sie gerade bei der Berlinale in Berlin in Empfang nehmen durften, für Sie?

Malalai Joya: Ich fühle mich sehr geehrt, dass mir der Menschenrechtspreis von der Initiative Cinema for Peace verliehen wurde, denn ich denke, dass er mir stellvertretend für die Frauen und Kinder Afghanistans verliehen wurde. Die werden von den bewaffneten Fundamentalisten gequält, die mein Land kontrollieren, obwohl man ihnen längst den Prozess hätte machen müssen. Sie sitzen längst in der Regierung von Präsident Hamid Karsai.

Wie kam es zu den Dreharbeiten zu dem Film und gab es Schwierigkeiten – Kamerteams in Afghanistan gelten als stark gefährdet?

Der Film »Enemies of Happiness« (Feinde des Glücks) entstand 2005 vor den Parlamentswahlen. Die waren alles andere als demokratisch, denn wie will man frei wählen, wenn die Warlords selbst für ein Mandat kandidieren und ihren Einfluss geltend machen? Schauen Sie sich unser Parlament an, es ist alles andere als demokratisch. Viele der Abgeordneten kauften Stimmen, drohten mit ihren Waffen, wurden finanziell aus dem Ausland unterstützt und nutzten ihre Kontakte zur Macht. Der Film zeigt einen Ausschnitt dieser Verhältnisse, zeigt, wie ich meinen Wahlkampf unter schwierigen Bedingungen geführt habe.

Wie ist Ihre persönliche Sicherheitssituation?

Seit meiner Rede im Dezember 2003, als ich die Anwesenheit von Warlords und Kriminellen in der Verfassungsgebenden Versammlung, der Loya Jirga, anprangerte, kann ich kaum einen Schritt mehr ohne Leibwächter tun. Mein Haus und mein Büro wurden von diesen Warlords angegriffen und ich habe es nur den Warnungen von Nachbarn und Unterstützern zu verdanken, dass ich noch lebe. Dabei habe ich nichts anderes als die Wahrheit gesagt. Ich bin froh, dass dieser Film jedenfalls einen kleinen Teil dieser Probleme unseres Landes zeigt. Das Sicherheitsproblem ist nur eines davon, denn Präsident Karsai kontrolliert nicht mehr als Kabul.

Ist Ihre Verbannung aus dem Parlament begründet worden?

Nein, ich wurde buchstäblich vor die Tür gesetzt. Dagegen werde ich klagen und nach langer Suche habe ich auch endlich einen Anwalt gefunden, der sich traut, mich zu vertreten.

Angeblich stehen Sie auf einer schwarzen Liste von etwa 300 Afghanen, die das Land nicht verlassen dürfen. Ist das richtig?

Ja, das ist richtig. Ich sage die Wahrheit, kritisiere die Verhältnisse in meinem Land und deshalb will man mir einen Maulkorb umhängen und mich nicht ins Ausland lassen.

Wer steckt dahinter?

Es sind die fundamentalistischen Warlords, die sich kaum anders als die Taliban verhalten. Unsere Leute sagen oft, dass sie nichts anderes als eine Kopie der Taliban sind und erst durch die internationale Unterstützung mächtig geworden sind.

Sehen Sie denn eine Chance für die Befriedung Afghanistans?

Solange die Warlords an der Macht sind, wird es keinen Frieden in Afghanistan geben. Wir leben in einem besetzten Land und die einzige Hoffnung ist eine demokratische Bewegung in Afghanistan. Dafür brauchen wir Unterstützung aus aller Welt. Wohl gemerkt, ich spreche von Unterstützung, nicht von der Besatzung, die alles nur noch schlimmer gemacht hat. Heute stehen immer mehr Menschen gegen die Regierung auf, weil sie eben nicht demokratisch ist und das Land nicht im Sinne der Bevölkerung regiert. Es gibt Demonstrationen, so zum Beispiel für mehr Sicherheit.

Welche Rollen spielen der Drogenhandel und die Korruption in Afghanistan? Sind sie mitverantwortlich für die verheerende Situation des Landes?

Korruption und Terrorismus sind Zwillingenbrüder und Feinde der Demokratie. Es gibt mafiöse Strukturen in Afghanistan und solange diese fundamentalistischen Warlords an der Macht sind, habe ich keine Hoffnung, dass es ein Ende von Terrorismus und Korruption geben wird.

Die USA haben sich gerühmt, den afghanischen Frauen die Freiheit zu bringen. Ist sie bei den Frauen mittlerweile angekommen?

Die Lage der Frauen und ihrer Kinder ist verheerend. In der Kunduz Provinz hat eine Frau ihr Kind für zehn US-Dollar verkauft, in einer anderen Provinz waren es 1200 Afghani, umgerechnet 24 US-Dollar, die für ein Kind verlangt wurden. Frauen, die so arm und hilflos sind, dass sie ihre Kinder verkaufen – wo gibt es das? 90 Prozent der Afghanen sind arm, auch wenn die Regierung das abstreitet.

Hier in Deutschland wird darüber debattiert, mehr Truppen nach Afghanistan zu schicken. Was halten Sie davon?

Wir wollen keine Besatzung, sondern eine Befreiung und Demokratie. Die bekommt man nicht geschenkt und die bringt man auch nicht mit der Waffe in der Hand. Wir brauchen Hilfe, wir brauchen Unterstützung, doch die Befreiung in Afghanistan hat viel mehr unschuldige Menschen das Leben gekostet als der 11. September in den USA.

Wie denken Sie über diesen »Krieg gegen den Terror«, den die USA ausgerufen haben? Sehen Sie eine Alternative dazu – etwa den Abzug der ausländischen Truppen?

Die einzige Hoffnung der einfachen, armen Leute in Afghanistan ist eine echte Demokratisierung, wo endlich auch deren Stimme gehört wird. Es gibt genügend junge gut ausgebildete Leute, deren Hände nicht blutbefleckt sind, deren Stimme wird kaum gehört. Ich bin etwas bekannter geworden, aber es gibt viele unbekannte Helden in Afghanistan, die sich engagieren. Aber deren Stimme ist schwach im Vergleich zu den Waffen der Warlords, das ist richtig. Mit einem Abmarsch der Truppen ist uns nicht geholfen, denn dann haben wir einen offenen Bürgerkrieg um die Macht und den kann die Demokratiebewegung kaum gewinnen.

22.2.2008, Rede

Die Kritik an der Unterdrückung in Simbabwe darf keine Frage des politischen Opportunismus sein

Meine Damen und Herren,

im vergangenen September hat sich die Opposition in Simbabwe unter Vermittlung des südafrikanischen Präsidenten Mbeki auf eine Politik der kleinen Schritte eingelassen. Die Verhandlungspartner aus beiden Fraktionen der oppositionellen MDC sind von der Forderung nach einer neuen Verfassung abgerückt.

Teile der Zivilgesellschaft und die Basis der MDC haben dieses Vorgehen scharf kritisiert. Die Ereignisse der letzten Wochen zeigen, dass die Kritik berechtigt war. Die Unabhängigkeit der Wahlkommission ist nicht gewährleistet. Die Aktualisierung der Wählerverzeichnisse wird verschleppt. Und: Die Regierung in Harare hat ihr Versprechen nach mehr Versammlungsfreiheit bereits gebrochen. In der letzten Woche wurde wieder eine friedliche Kundgebung der Opposition gewaltsam aufgelöst. Im Polizeigewahrsam kam es erneut zu Brutalitäten. Einer Hochschwangeren wurde dabei eine Hand gebrochen.

Das Mugabe-Regime hat sich an praktisch keines der Zugeständnisse gehalten, die unter der Vermittlung von Südafrikas Präsident Mbeki vereinbart worden sind. Wir erwarten, dass die ANC-Regierung in Pretoria die Konsequenz zieht und Mugabe deutlich zurechtweist. Die so genannte stille Diplomatie ist gescheitert. Ich sage, es reicht nicht aus, Mugabe nur durch einen anderen Kopf aus der herrschenden Partei ZANU-PF zu ersetzen. Simbabwe braucht eine grundlegende Demokratisierung der Gesellschaft von unten.

Der Kampf für Demokratie ist dabei untrennbar mit dem Kampf um bessere Lebensbedingungen verbunden. Bei einer Inflationsrate von offiziell 100.000 Prozent lösen sich alle Werte in Nichts auf. Grundnahrungsmittel und Benzin gibt es nur noch auf dem Schwarzmarkt. Rund ein Viertel der Bevölkerung ist bereits vor dem Elend geflohen. Letztes Jahr hieß es in einem Hirtenbrief der katholischen Bischofskonferenz Simbabwes: – ich zitiere – „Schwarze Simbabwer kämpfen heute für dieselben grundlegenden Rechte, für die sie auch im Befreiungskampf stritten. Es ist derselbe Konflikt zwischen jenen, die Macht und Reichtum im Überfluss haben, und jenen, die nichts haben.“

Die Hoffnung auf ein einvernehmliches Auskommen mit der regierenden ZANU-PF ist zerstoßen. Mugabe wird erneut zu den Präsidentschaftswahlen kandidieren. Er hat angekündigt, ohnehin keinen anderen Sieger als sich selbst zu akzeptieren. Es gibt nur einen Weg: Mugabe muss auf demokratischem Wege zu Fall gebracht werden. Das kann nur die simbabwische Bevölkerung schaffen. Jede direkte Intervention von außen liefert dem Regime nur neue Vorwände, um die Opposition zu diskreditieren.

Unsere Aufgabe ist es, die demokratischen Kräfte zu unterstützen. Gerade an diesem Punkt aber bewies die Bundesregierung ihre Halbherzigkeit. Dort, wo alle Kameras aufgebaut waren, wie auf dem Lissabongipfel im Dezember, dort verliert die Kanzlerin ein paar mahnende Worte in Richtung Mugabe. Doch als im letzten September mit Bischof Pius Ncube einer der wichtigsten Regimegegner durch eine Schmutzkampagne politisch kalt gestellt wurde, da war nicht der Hauch eines Protestes zu vernehmen. Weder aus dem Kanzleramt, noch aus dem Auswärtigen Amt, noch aus dem Entwicklungshilfeministerium.

Warum? Ich meine, weil der simbabwische Geheimdienst eine Liebesaffäre des Bischofs öffentlich machte. Offenbar ist der Bruch des Zölibats zu heikel, als dass die Bundesregierung hier lautstark Position auf Seiten des Bischofs beziehen möchte. Diese Politik der unscharfen Konturen kommt auch im vorliegenden Antrag zum Ausdruck. Was soll das heißen: „Simbabwe soll bei rechtsstaatlichen und wirtschaftlichen Reformen unterstützt werden“? Wer ist damit gemeint? Solch einem Wischi-Waschi versagen wir die Zustimmung. DIE LINKE ist nicht gewillt, Ihrer Simbabwepolitik einen Blankoscheck auszustellen.

Wir sagen: Die Kritik an der Unterdrückung in Simbabwe darf keine Frage des politischen Opportunismus sein. Alle demokratischen Kräfte aus den Reihen der Kirche, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft haben unsere ungeteilte Solidarität. Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit.

**Menschenrechtliga im Tschad bedroht:
„Das ist eine Hexenjagd gegen die demokratische Opposition“**

Nach der Niederschlagung des jüngsten Putschversuches kommt im Tschad es zu massiven Menschenrechtsverstößen. Der von Präsident Idriss Déby neu ernannte Verteidigungsminister General Abdallah Nassour hat zu einer Jagd nach den „Komplizen“ des Putsches aufgerufen. Dazu erklärt Hüseyin Aydın, Obmann für DIE LINKE. im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

Die Regierung des Tschads nutzt den niedergeschlagenen Putschversuch bewaffneter Rebellen als Vorwand, um sich jeder politischen Opposition zu entledigen. Die willkürliche Verhaftung und das Verschwinden von **Ibni Oumar Mahamet Salehdes** und zwei weiterer Oppositioneller ist nur die Spitze des Eisberges. Es ist höchst besorgniserregend, dass der Menschenrechtsanwalt **Jean-Bernard Padaré** seit Tagen systematisch Todesdrohungen erhält, nur weil er Anzeige im Entführungsfall Salehdes gestellt hat.

Auch zahlreiche weitere Mitglieder der tschadischen Liga für Menschenrechte werden schikaniert und bedroht. Dabei handelt es sich um nichts anderes als eine Hexenjagd gegen die demokratische Opposition des Landes, organisiert von der Regierung Déby.

Die EU trägt Mitverantwortung für die Ereignisse im Tschad. Es waren französische Truppen, die Déby an die Macht hievten. Und sie waren es auch, die ihm in den vergangenen Wochen an der Macht hielten. Nun sollen unter französischer Führung 3700 EUFOR-Truppen im Lande installiert werden, die dem Regime weiter den Rücken stärken sollen.

DIE LINKE. fordert die Bundesregierung auf, sich im Rahmen der EU deutlich gegen diese offene Unterstützung der illegitimen tschadischen Regierung auszusprechen. Wir erwarten, dass sie sich Außenminister Steinmeier endlich deutlich vernehmbar für die Freiheit und körperliche Unversehrtheit der tschadischen Opposition einsetzt. Die von Déby zugestandene internationale Untersuchungskommission zum Verschwinden der drei Oppositionspolitiker muss nun mit Nachdruck eingefordert werden. Nur der Druck durch die Weltöffentlichkeit kann das Regime im Tschad derzeit davon abhalten, noch mehr unbequeme Gegner verschwinden zu lassen.

Tropenwaldschutz ist Klimaschutz

Für die Fraktion DIE LINKE kritisiert deren entwicklungspolitische Sprecherin Heike Hänsel die Einbindung von Tropenwaldschutz in den Handel mit Treibhausgaszertifikaten und fordert dagegen die direkte Finanzierung von Schutzgebieten und nachhaltiges Waldmanagement unter Einbeziehung der in und von den Wäldern lebenden Bevölkerung.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Waldschutz ist ein lebenswichtiges, ja überlebenswichtiges Thema. Es ist gut, dass das Problem der Entwaldung in Bezug auf die zunehmende Erderwärmung – auch im Umfeld von Bali – wieder stärker ins Blickfeld geraten ist. Indonesien wurde bereits als Beispiel genannt. Aufgrund großflächiger Abholzungen steht dieses Land mittlerweile auf Platz drei der Liste mit den weltweit größten Emittenten von klimaschädlichen Gasen. Sollten die bis zu 20 Meter dicken Torfböden unter den Wäldern Zentral-Kalimantans vollständig trockengelegt werden, würden 50 Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalent nach und nach freigesetzt. Das entspricht ungefähr dem 50-Fachen des CO₂-Ausstoßes Deutschlands. Diese Zahlen zeigen ganz klar: Tropenwaldschutz ist nicht nur Schutz der Biodiversität, sondern immer auch Klimaschutz.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir unterstützen die Grünen bei dem eigentlichen Ziel ihres Antrags. Aber das vorgeschlagene Instrument lehnen wir ab. Die Forest Carbon Partnership Facility der Weltbank, um die es hier geht, ist in unseren Augen leider der direkte Weg, den Regelwaldschutz in den Handel mit Treibhausgaszertifikaten einzubinden. Genau das halten wir für einen falschen Weg.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP])

Bereits jetzt ist die Bundesrepublik der größte Geber der FCPF. Das ist kein Wunder; denn das BMZ hat sie über Jahre mitentwickelt. Von den 100 Millionen Euro kommen allein 40 Millionen Euro aus Deutschland. Die Grünen wollen nun, dass die EU noch einmal 200 Millionen Euro draufpackt. Aber wofür? Zunächst sollen 20 Länder fit gemacht werden, damit sie in der Lage sind, den wirtschaftlichen Wert des Waldes und der Abholzungen monetär zu erfassen. Im zweiten Schritt sollen ausgewählte Länder für vermiedene Abholzungen entlohnt werden. Das hört sich erst einmal gar nicht so schlecht an. Doch letztendlich läuft das Ganze darauf hinaus, vermiedene Abholzungen in ein Handelssystem mit Treibhausgasen einzubeziehen.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Genau!)

Es geht gerade nicht darum, einen Fonds zu bilden, um großflächig Schutzgebiete zu finanzieren und gegebenenfalls Nutzer zu entschädigen. Eine solche Strategie würden wir unterstützen. Indonesien hat gerade erst angeboten, für 5 bis 15 Dollar pro Hektar dafür zu sorgen, dass die Entwaldung in Kalimantan unverzüglich gestoppt wird. Ähnliche Angebote der Kompensation kamen aus anderen Waldländern. Seltsamerweise hat niemand auf Bali darauf reagiert. Die Weltbank hatte gerade die FCPF aus dem Hut gezaubert.

Klimapolitisch ist die Einbindung des Tropenwaldschutzes in Kohlenstoffmärkte im besten Fall ein Nullsummenspiel. Das, was an Abholzung und damit an Emissionen vermieden würde, würde über den Emissionsrechtehandel automatisch in Europa mehr ausgestoßen. So funktioniert dieser Markt. Der Rückgang der Entwaldung muss in unseren Augen aber zusätzlich zu den Reduktionsverpflichtungen der Industriestaaten erfolgen. Ansonsten verfehlen wir das 2-Grad-Ziel.

(Beifall bei der LINKEN)

Abgesehen davon bestehen jede Menge ungelöste methodische Probleme. Wie werden beispielsweise Baseline und Referenzszenario bestimmt? Gehen wir hier von sinkenden Abholzungsraten wie in Brasilien oder von steigenden wie in Indonesien aus? Wandern Abholzungen nach Zertifikatszuteilung einfach in andere Gebiete? Wer bekommt überhaupt Zertifikate? Was passiert, wenn der Wald zum Beispiel durch Blitzschlag abbrennt? Das zusätzliche CO₂, das über den Zertifikatsweg in Europa dann bereits ausgestoßen wurde, bleibt schließlich mehr als 100 Jahre in der Atmosphäre.

Klar ist: Es ist ein höchst kompliziertes System mit jeder Menge Manipulationsmöglichkeiten. Wir kennen das leidlich von den CDM-Projekten. Wir halten deshalb die direkte Finanzierung von Schutzgebieten, nachhaltiges Waldmanagement und gegebenenfalls Nutzerentschädigungen für eine bessere Lösung, und zwar immer unter Einbeziehung der in und von den Wäldern lebenden Bevölkerung. Wir wissen, dass das kein einfacher Weg ist. Es ist aber in unseren Augen der bessere Weg. Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

21.2.2008, Positionspapier

Keine Agroenergien aus Raubbau oder Vertreibung – Biomasse nachhaltig erzeugen und nutzen

Positionspapier von Eva Bulling-Schröter, umweltpolitische Sprecherin, und Hans-Kurt Hill, energiepolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE:

Zusammenfassung

Für die Nutzung von Agroenergie steht in Deutschland und Europa lediglich eine begrenzte Anbaufläche zur Verfügung. Nur ein Bruchteil der von der Bundesregierung und der EU angestrebten Biosprit-Quoten könnte über die nutzbaren Flächen erfüllt werden. Die überhöhten Ziele überfordern die Ökosysteme und haben keinen Nutzen für den Klimaschutz. Sie werden nur erreicht werden können, wenn auf strukturarme großflächige Monokulturen und den massiven Import von Agrarkraftstoffen aus tropischen Ländern gesetzt wird. Dabei werden Umwelt- und Sozialstandards außer Acht gelassen. In den Ländern des Südens sind Regenwaldabholzung oder Vertreibung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern die Regel. Ein internationales Zertifizierungssystem für nachhaltig angebaute Energiepflanzen ist kurzfristig nicht kontrollierbar und wird kaum wirksam greifen. Zudem sind die Auswirkungen des Agrokraftstoffbooms auf die Lebensmittelpreise besorgniserregend. Der massive Einsatz von biogenen Kraftstoffen ist auch in Deutschland eine Sackgasse, sofern eine Wende in der Verkehrspolitik ausbleibt. Statt auf den Ausbau klimaschädlicher Auto- und Schwerlastverkehre zu setzen, müssen ein nutzerfreundlicher öffentlicher Nah-

verkehr und eine attraktive Bahn geschaffen werden. Aus Gründen der Klima- und Energieeffizienz sollte künftig verstärkt auf Biogas gesetzt werden. Dieses kann sowohl für die gekoppelte Erzeugung von Strom und Wärme als auch in Fahrzeugen eingesetzt und ins Erdgasnetz eingespeist werden. Die Produktion von Pflanzenölen und Biodiesel macht meist nur in regionalen Kreisläufen für den Eigenbedarf in der Land- und Forstwirtschaft oder in geschlossenen Flottensystemen, beispielsweise bei Busunternehmen Sinn.

Um eine umweltverträgliche Erzeugung und Nutzung von Agroenergie zu ermöglichen, müssen die Ziele der Biokraftstoffstrategien Deutschlands und der EU auf ein Niveau abgesenkt werden, welches den nachhaltigen Potentialen der deutschen und der europäischen Agrarflächen entspricht. Parallel sind wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um den Import von Agrokraftstoffen aus großflächigem Anbau, Raubbau oder Vertreibung zu unterbinden. DIE LINKE schließt sich dem von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen im Sommer 2007 geforderten Importmoratorium an.

DIE LINKE fordert:

- die Überprüfung der nationalen und europäischen Ziele für biogene Kraftstoffe.
- die Nutzung von Agroenergien flexibel an nachhaltigem Potential auszurichten.
- ein Importverbot für Agroenergien aus großflächigem Anbau, Raubbau und Vertreibung .
- kein Strom aus Palmöl.
- eine klimaschutzorientierte Agroenergie-Förderung in Deutschland.
- die Berücksichtigung des Naturschutzes im Regelwerk für Agroenergien in Deutschland.

Mit Biosprit auf dem Holzweg

Die Erzeugung und Nutzung von Agroenergie aus nachwachsenden Rohstoffen kann einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Gleichzeitig kann Agroenergie landwirtschaftliche Betriebe stärken, zusätzliche Arbeitsplätze schaffen und regionale Wirtschaftskreisläufe befördern. Voraussetzung hierfür ist ihr maßvoller Ausbau, eine ökologisch anspruchsvolle Bewirtschaftung zur ihrer Erzeugung und ihr zielgerichteter Einsatz im Sinne eines anspruchsvollen Klimaschutzes. Die aktuelle Entwicklung zeigt jedoch in eine andere Richtung. Agroenergie soll zunehmend dafür herhalten, den hohen Spritverbrauch und damit einhergehenden CO₂-Ausstoß im Kraftfahrzeugsektor abzufedern. Mit hohen Anteilen Rapsdiesel oder Getreidebenzin im Tank will sich die Automobilindustrie vor echtem Klimaschutz drücken. Dabei entsteht insbesondere in den Ländern des Südens eine gefährliche Sogwirkung hin zu agrarindustriellen Strukturen mit erheblichen sozialen und ökologischen Folgen. Die Bundesregierung plant in ihrem „Integrierten Energie- und Klimaprogramm“ den massiven Ausbau von aus Biomasse hergestellten Treibstoffen. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel setzt im Agrokraftstoffbereich gar auf eine „industrielle Revolution“. Auch die Europäische Union, die USA und weitere Staaten wollen deutlich mehr Sprit vom Acker tanken. Hinzu kommt weltweit ein erhöhter Einsatz von Pflanzenölen zum Betrieb von Heizkraftwerken. In Deutschland wird die Entwicklung gezielt in Richtung Kraftfahrzeugsektor durch eine zwangsweise, jährlich steigende Beimischung von Biodiesel und Bioethanol zum mineralischen Kraftstoff vorangetrieben. Gleichzeitig werden reine biogene Kraftstoffe stufenweise höher besteuert, was die so genannten B100-Kraftstoffe weitgehend unrentabel macht. Die Marktmacht liegt damit in den Händen der großen Mineralölkonzerne, welche die Zwangsbeimischung umzusetzen haben. Bis zum Jahr 2020 soll der Biosprit-Anteil hierzulande 17 Prozent ausmachen, EU-weit 10 Prozent. Klein- und mittelständische Betriebe können dem Preisdiktat der Ölmultis nicht folgen. Dezentrale Agrokraftstoffproduktions- und -handelsstrukturen brechen zusammen

und der Druck hin zu agrarindustriellen Anbauformen in großflächigen Monokulturen und zu Importen wächst.

Zunehmend regt sich Widerstand gegen diese Entwicklung. Alarmierende Nachrichten kommen insbesondere aus tropischen Ländern wie Brasilien, Indonesien oder Kolumbien, die aufgrund der hohen Nachfrage in den Industriestaaten den Export biogener Kraftstoffe stark ausweiten. Die Folgen sind oft die Abholzung von Regenwäldern, Vertreibung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und indigenen Völkern, strukturarme intensiv bewirtschaftete Monokulturen, Wassermangel sowie der Anstieg der Nahrungsmittelpreise infolge des Agrarkraftstoffbooms. Auch hierzulande werden zunehmend die Umweltvorteile von biogenen Treibstoffen in Frage gestellt. Bei ihrer Nutzung erzeugen sie zwar deutlich weniger Klimagase als fossiler Sprit. Der Anbau und die Verarbeitung verursachen aber trotzdem erhebliche Umweltbelastungen, so dass die ökologische Gesamtbilanz sogar schlechter ausfallen kann als bei herkömmlichem Benzin oder Diesel, beispielsweise wenn für den Herstellungsprozess von Bioethanol aus Getreide Braunkohle eingesetzt wird.

Ohne Verkehrswende kein Klimaschutz durch Agroenergien

Biogene Treibstoffe werden das Klimaproblem des Verkehrs nicht lösen können, solange in Deutschland und auch anderen Industriestaaten keine grundlegende Wende in der Verkehrspolitik eingeleitet wird. Das heißt: weg vom ressourcen- und energieaufwändigen Auto- und Schwerlastverkehr, hin zu einem nutzerfreundlichen öffentlichen Nahverkehr und einer attraktiven Bahn, die auch den ländlichen Raum flächendeckend bedient. Zudem muss sich unsere Wirtschafts- und Lebensweise dahin entwickeln, dass Verkehr wo möglich vermieden wird. Nur im Bündel dieser Maßnahmen lassen sich Klimaschutz und Mobilität in Übereinstimmung bringen. Hier vorrangig auf neue, vermeintlich saubere Treibstoffe zu setzen, ist ein gefährlicher Irrweg. Energie vom Acker kann zwar einen Beitrag leisten, macht aber nur dann Sinn, wenn sich aus der Nutzung echte Umweltvorteile ergeben, Klimaschutz und Beschäftigung sinnvoll miteinander verbunden und regionale Wirtschaftskreisläufe gefördert werden.

Nach dem im August 2007 von der Merkel-Regierung beschlossenen Energie- und Klimaprogramm soll ein erheblicher Anteil der CO₂-Einsparung im Verkehrssektor durch den Einsatz von biogenen Treibstoffen erfolgen. Den Anteil solcher Treibstoffe am Gesamtkraftstoffverbrauch will die Koalition bis 2020 auf 20 Volumenprozent (17 Prozent energetisch) erhöhen. Das soll den Klimagasausstoß beim gegenwärtigen Kraftstoffverbrauch um zehn Prozent senken. Dem gegenüber hatte der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) bereits im Juli 2007 in seinem Gutachten „Klimaschutz durch Biomasse“ darauf hingewiesen, dass hierzulande auf verfügbaren Flächen und unter nachhaltigen Bedingungen nur ein Biosprit-Anteil von höchstens 6,75 Prozent erreichbar sei. Und das auch nur dann, wenn jegliche erzeugte Biomasse und alle biogenen Reststoffe zur Kraftstoffherzeugung verwandt würden. Die Bundesregierung ignoriert dies. Sie setzt somit lieber auf problematische Importe von Agrokraftstoffen, als sich mit Automobil- und Mineralölkonzernen anzulegen. Dies zeigt sich unter anderem daran, dass sie im Klimaschutzpaket auf jegliche Instrumente zur Verkehrsvermeidung verzichtet.

Auch auf der Hand liegende Maßnahmen zur Kraftstoffeinsparung werden nicht ergriffen. So wird es beispielsweise weiterhin kein Tempolimit geben; die Anreize zum Bau übermotorisierter Fahrzeuge bleiben erhalten. Die KFZ-Steuer wird zwar zukünftig am CO₂-Ausstoß bemessen, aber nur geringe Anreize bieten, um übermotorisierte und spritschluckende Wagen unattraktiv zu machen. Auch das steuerliche Dienstwagenprivileg bleibt vorerst unangetastet. So kann beispielsweise die Anschaffung eines Porsche Cayenne Turbo als Dienstwagen, der mehr als 22 Liter je 100 Kilometer verbraucht, über die Zeit

der Abschreibung bis zu 53.000 Euro Steuern sparen. Unter dem Strich hat die Bundesregierung dem ungebremsen Anstieg des Aufkommens beim Autound Schwerlastverkehr nichts entgegen zu setzen.

Nachhaltigkeit als Voraussetzung für die Bioenergienutzung

DIE LINKE im Bundestag hat mehrfach deutlich gemacht, dass die Nachhaltigkeitsbilanz der verschiedenen Biokraftstoffe deutlich stärker berücksichtigt werden muss. Damit ist mehr gemeint als die eigentliche Energie- oder Klimabilanz: Aufgrund der begrenzten Anbauflächen müssen vorrangig jene Verfahren gefördert werden, die über den gesamten Produktionsprozess ein Zugewinn an stofflicher und energetischer Verwertung bei geringstem Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden ermöglichen. Ferner müssen die Auswirkung des Anbaus auf die Artenvielfalt sowie die Stärkung des ländlichen Raums mehr Beachtung finden. Unter diesem Blickwinkel muss künftig der Einsatz von regional produziertem Biogas eine deutlich stärkere Rolle im Mix der Bioenergien einnehmen. Bei der Erzeugung von Biogas ist Biomasse in einer großen Bandbreite nutzbar. Sie kann nach der Umwandlung in Gas bis zu drei Mal wirkungsvoller und dabei auch kostengünstiger eingesetzt werden als im Tank. Diese hohe Effizienz wird allerdings nur bei der gleichzeitigen Produktion von Strom und Wärme in der so genannten Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) erreicht. Der derzeit noch niedrige Anteil der Wärmenutzung muss deshalb deutlich erhöht werden. Entsprechend aufbereitet, kann Biogas auch in Fahrzeugen eingesetzt werden. Ins bestehende Erdgasnetz eingespeist kann es das fossile Gas teilweise ersetzen und steht dann bundesweit zur Verfügung. Auch regionale Biogasnetze sind denkbar und vernünftig.

Hingegen werden beispielsweise der überwiegende Anteil von Palmöl aus Borneo oder Bioethanol aus brasilianischem Zuckerrohr zurzeit nicht nachhaltig erzeugt. Diese Kraft- und Treibstoffe dürfen deshalb keinen Zugang zum europäischen Markt bekommen, weil sie in großflächiger Monokultur und unter Raubbau an der Natur produziert werden. Besorgnis erregende Berichte aus Erzeugerländern im Süden sowie verschiedene Studien zur Natur- und Klimaverträglichkeit von Agroenergien machen eine Neubewertung der Problematik „biogene Kraftstoffe“ erforderlich. Bundesregierung und EU-Kommission müssen deshalb ihre bisherige Position ändern. Es ist erstens zu prüfen, auf welcher Grundlage die Förderungen von biogenen Kraftstoffen nachhaltig ausgestaltet werden kann. Zweitens stellt sich die Frage, ob eine Zertifizierung von biogenen Treibstoffen aus den Erzeugerländern im Süden oder aus Osteuropa, die soziale und ökologische Mindeststandards garantieren soll, tatsächlich wirksam und überprüfbar eingeführt werden kann, oder ob sie wirkungslos bleibt.

Biokraftstoff-Importe gehen auf Kosten der Länder des Südens

Das SRU-Gutachten „Klimaschutz durch Biomasse“ stellt fest, dass in der Bundesrepublik eine Ausweitung der landwirtschaftlichen Flächen zum umweltverträglichen Anbau von Biomasse bis zum Jahr 2030 von derzeit 1,6 Mio. Hektar auf 3 bis 4 Mio. Hektar möglich sei. Das von der Bundesregierung angestrebte Biokraftstoffziel wäre demnach nur zu einem Drittel aus einheimischen Ressourcen erfüllbar. Und selbst dann stünden dann keine weiteren Flächen mehr zur Verfügung, um aus nachwachsenden Rohstoffen andere Energieträger als Agrokraftstoffe zu erzeugen. Beispielsweise Biogas, Pflanzenöle oder Holzpellets für die Produktion von Strom und Wärme. Oder auch Biomasse zur stofflichen Verwendung, etwa in der chemischen Industrie. Der angestrebte Biosprit-Anteil kann also nur unter umweltschädlichen Anbaumethoden im Inland bzw. zu Lasten anderer Landnutzungen erfüllt werden, oder unter der Voraussetzung, dass Deutschland Agrotreibstoffe bzw. Biomasse im großen Umfang importiert.

Europaweit wird bis 2020 ein Anteil von biogenen Kraftstoffen von zehn Prozent angepeilt. Nach Berechnungen der EU kann aber bereits das Ziel von 5,75 Prozent bis 2015 nur zu 75 Prozent erreicht werden, ohne auf Importe zurückzugreifen. Der weltweite Produktionsboom bei biogenen Kraft- und Treibstoffen hat schon jetzt gravierende Probleme zu Tage treten lassen: Der agrarindustrielle Plantagenanbau, etwa in Malaysia und Indonesien (Palmöl) oder in Brasilien (Bioethanol aus Zuckerrohr sowie Sojaöl), geht oft zu Lasten des Regenwaldes, der dafür abgeholzt wird. Der bevorstehende Importsog für Agroenergien wird den Nutzungsdruck auf Tropenwälder in Südostasien und Lateinamerika noch deutlich erhöhen. Auch andere ökologisch sensible Gebiete sind betroffen. Dieser Prozess schadet nicht nur der biologischen Vielfalt und dem Klimaschutz, sondern auch der dort ansässigen indigenen Bevölkerung sowie vertriebenen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern.

Im Jahr 2005 belief sich in Brasilien die landwirtschaftlich genutzte Fläche einschließlich Dauerkulturen auf rund 67 Millionen Hektar. Hinzu kommen 197 Millionen Hektar Weideland und Wiesen. Laut nationalem Plan für Agroenergie könnten bis zum Jahr 2030 bis zu 200 Millionen Hektar für die Kultivierung von Energiepflanzen genutzt werden - knapp ein Viertel des brasilianischen Staatsgebiets. Bereits in kürzerer Frist sei die Hälfte, also rund 100 Millionen Hektar, erschließbar, meint die brasilianische Regierung. Dabei geht es nicht nur um Zuckerrohr, sondern auch um Soja für die gekoppelte Produktion von Futtermitteln und Kraftstoffen. Indonesien hatte 2005 eine landwirtschaftlich genutzte Fläche (Ackerland und Dauerkulturen) von 37 Millionen Hektar sowie 11 Millionen Hektar Weideland und Wiesen. Die Regierung plant, zusätzlich etwa 20 Millionen Hektar Land in Agrarkraftstoffplantagen umzuwandeln. Extremer Druck lastet auch auf Borneo, wo es nicht nur um den Tropenwald und seine Bewohnerinnen und Bewohner geht. Dort würden durch die zunehmende Zerstörung von Torfregenwäldern Milliarden Tonnen an zusätzlichen Treibhausgasen aus dem Boden freigesetzt. Selbst das Hungerland Angola ist laut Welthungerhilfe dabei, die Anbaufläche für Palmöl auszuweiten. Sie soll verzehnfacht werden.

Bei der aggressiven Ausweitung des Anbaus von Energiepflanzen kann von Klimaschutz keine Rede mehr sein. Durch direkte oder indirekte Verdrängung werden Tropenwälder als wertvolle Klimaregler und Hüter der Artenvielfalt vernichtet. Der Anbau geschieht meist in strukturarmen Monokulturen und unter massivem Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln. Weitere Konzentrationsprozesse in der Landwirtschaft sind die Folge. Dem fallen viele Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zum Opfer. Expertinnen und Experten befürchten überdies Wassermangel durch den Boom biogener Treibstoffe. Laut Stockholm International Water Institut könnte sich die weltweite Wassernachfrage aus der Landwirtschaft durch den Anbau biogener Brennstoffe bis 2050 verdoppeln. Die Hoffnung, mittels biogenen Treibstoffen könne die Macht der Mineralölkonzerne gebrochen werden, ist aufgrund falscher politischer Weichenstellungen bislang eine Illusion. Momentan profitieren die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in den Ländern des Südens kaum vom Agrarkraftstoffexport. Im Gegenteil: Bei den gegenwärtig herrschenden Strukturen sind es vor allem Großgrundbesitzer und Raffineriebetreiber, die daran verdienen. Mit Sorge betrachtet DIE LINKE die Goldgräberstimmung bei Nahrungsmittel- und Gentechnikkonzernen im Zusammenhang mit Agrokraftstoffen sowie die zunehmende Konkurrenz zu Nahrungs- und Futtermitteln.

All diese Entwicklungen schließen aber nicht aus, dass in den Erzeugerländern Energiepflanzen von regionalen Kooperativen oder Kommunen für die selbstbestimmte Eigenversorgung mit Strom, Wärme und Kraftstoffen genutzt werden könnten. Im Gegenteil: Hier könnte ein wichtiges Zukunftsfeld des Energiepflanzenanbaus in Asien, Afrika oder Lateinamerika liegen. Die Produktion von biogenen Treibstoffen bietet also auch Chancen für

die Länder und Regionen im Süden. Sie können ihre eigene Mobilität ohne teure Importe von fossilen Brennstoffen verbessern. In nachhaltigen Strukturen entwickelt, kann dies regionale Wirtschaftskreisläufe befördern und dem Klimaschutz dienen. So kann die Produktion von Ethanol aus Zuckerrohr - anders als etwa die Ethanolproduktion aus Weizen oder Zuckerrüben in Deutschland - energetisch durchaus effizient sein, da nicht nur der Zucker, sondern die gesamte Pflanze genutzt wird, ähnlich wie bei der Herstellung von Biogas. Demgegenüber wird hierzulande die Ethanol-Destillation sogar mit CO₂-intensiver Braunkohle betrieben.

Das Thema Agroenergien bietet die Gelegenheit, generell die sozialen und ökologischen Folgen der modernen Landwirtschaft sowie gegenwärtiger Konsummuster zu hinterfragen. So werden beispielsweise, nach Tonnen gerechnet, bislang weltweit mehr Futtermittel zur Fleischerzeugung produziert als direkte Nahrungsmittel für den menschlichen Verzehr. Gerade für die Sojaproduktion als Viehfutter wird im großen Umfang Regenwald geopfert. Eine Verengung auf die Agrokraftstoffe greift also zu kurz. So würde die Reduzierung des Fleischverbrauchs in den Industriestaaten zusätzliche Anbauflächen für die Energiepflanzenproduktion bereitstellen, ohne den Druck auf Regenwälder oder auf Flächen zur Nahrungsmittelproduktion zu erhöhen. Auch der gemeinsame Anbau von Nahrungs- und Ölpflanzen sowie eine deutlich bessere Reststoffverwertung könnten den maßvollen Einsatz biogener Kraftstoffe sicherstellen, ohne die Nahrungsmittelsicherheit oder die natürliche Umwelt zu gefährden.

Glaubwürdige Zertifizierung nicht in Sicht

Den zunehmenden sozialen und ökologischen Problemen bei Import-Agroenergien soll mit der Einführung einer Nachhaltigkeitszertifizierung begegnet werden. Sie soll insbesondere weiteren Raubbau und Vertreibung verhindern. Das Beispiel der bisher gescheiterten Versuche, die Einfuhr illegal geschlagenes Tropenholzes in Europa zu überwachen oder gar zu verbieten, zeigen aber, dass es äußerst schwierig wäre, die Einfuhr von biogenen Treibstoffen wirksam auf Sozial- und Umweltstandards hin zu kontrollieren. Dies gilt umso mehr, als Treibstoffe homogene Güter sind, deren Produktion, Vertrieb und Vermischung zu überwachen, äußerst kompliziert ist. Vor allem aber lässt sich das zentrale Problem der Zertifizierung auch mit der intelligentesten Überwachungen kaum fassen: Die indirekte Verdrängung. So werden etwa in Brasilien neue Zuckerrohrfelder zur Ethanolproduktion nur selten direkt auf Neurodungsflächen angebaut. Sie werden (auch aus klimatischen Gründen) eher auf älteren Agrar- oder Weideflächen in Zentralbrasilien angelegt. Die zuvor darauf angebauten Pflanzungen, beispielsweise Soja-Plantagen, oder die Rinderherden wandern jedoch allzu oft in den Regenwaldgürtel im Norden oder in den ebenso wertvollen Cerrado und führen dort zu neuen Abholzungen. Ferner führt die Vertreibung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern durch Großagrarier nicht nur zu massiven Menschenrechtsverletzungen, sondern vielfach auch dazu, dass diese Menschen sich neues Land suchen. Nicht selten sind es Waldgebiete, die dann der Brandrodung und anschließenden Besiedlung zum Opfer fallen.

Insofern bestehen zurzeit kaum Erfolgsaussichten für ein wirksames Zertifizierungssystem. Den Tropenwäldern, den darin lebenden Menschen sowie den von Vertreibung bedrohten Kleinbäuerinnen und Kleinbauern wird vielmehr am meisten geholfen, wenn das Grundproblem angegangen wird: Der rasant ansteigenden Nachfragedruck der Industriestaaten nach Agrartreibstoffen. Als wichtigste Maßnahmen muss daher zunächst ein Importstopp für biogene Treib- und Kraftstoffe in die EU verfügt und die Nachfrage auf ein akzeptables Maß reduziert werden. Das gilt umso mehr, als die Entwürfe der Nachhaltigkeitsverordnungen für Agroenergien auf Ebene der EU und Deutschlands lediglich einige

schwache ökologische Zielstellungen enthalten. Soziale Standards oder Menschenrechtsnormen haben in den vorgesehenen Zertifizierungssystemen keinen Eingang gefunden.

Ein Nachhaltigkeitsrahmen für Agroenergien

Die Ausgangsbedingungen dafür lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Für den nachhaltigen Anbau von Biomasse für die Energiegewinnung steht in der Bundesrepublik in Konkurrenz zur sonstigen Bodennutzung nur eine begrenzte Anbaufläche zur Verfügung.

2. Die für Deutschland von der Bundesregierung angestrebten Quoten für den Einsatz von Agrarkraftstoffen würden beim jetzigen Spritverbrauch das Potential dieser Anbauflächen deutlich übersteigen. Sie lassen sich nur erreichen, wenn auf umweltschädliche Anbaumethoden in großflächigen Monokulturen und den massiven Import von Agrarkraftstoffen oder Biomasse aus tropischen Ländern gesetzt wird. Vergleichbares gilt für die europäische Biokraftstoffstrategie. Auch die vermehrte Nutzung von Pflanzenölen zur Produktion von Strom und Wärme erhöht das Importvolumen.

3. Beim Import von biogenen Kraftstoffen ist es bisher kaum möglich, Brennstoffe oder Biomasse aus tatsächlich nachhaltigem Anbau zu beziehen. Regenwaldabholzung oder Vertreibung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und indigener Bevölkerung zu Gunsten von Großagrariern sind alarmierende Realität. Ein internationales Zertifizierungssystem für nachhaltig angebaute Energiepflanzen ist kaum kontrollierbar und wird deshalb nicht wirksam greifen. Zudem sind die Auswirkungen des Biokraftstoffbooms auf die Lebensmittelpreise vielleicht in Deutschland zu tolerieren, nicht aber in den Erzeugerländern des Südens.

4. Die rasant ansteigende Nachfrage an biogenen Kraftstoffen führt auch hierzulande vermehrt zu Monokulturanbau, wachsenden Pestizid- und Düngemiteleininsatz und erhöht den Druck auf geschützte Landschaften, Gewässerrandstreifen und wertvolles Grünland. Darum ist der massive Einsatz von Biomasse zur Produktion von flüssigen Kraftstoffen auch in Deutschland eine Sackgasse, sofern er den Umfang regionaler Produktions- und Reststoffverwertungskreisläufe übersteigt. Biosprit nutzt zudem die Energiepflanzen nur unzureichend. Demgegenüber lässt sich mit der gekoppelten Erzeugung von Strom und Wärme aus Biogas je Hektar eine vielfache Menge an nutzbarer Energie gewinnen. In Fahrzeugen eingesetzt, ist Biogas ebenfalls effizienter als die Verwendung flüssiger Agrartreibstoffe. Darüber hinaus kann es in das Erdgasnetz oder in Biogasnetze eingespeist werden. Unter dem Strich macht die Produktion von Pflanzenölen und Biodiesel meist nur für den Eigenbedarf in der Land- und Forstwirtschaft oder in geschlossenen Flottensystemen Sinn, beispielsweise bei regionalen Busunternehmen.

Wege in eine nachhaltige Nutzung von Bioenergien

Um einen umweltverträgliche Erzeugung und Nutzung von Bioenergie zu ermöglichen, müssen die Ziele der Biokraftstoffstrategien Deutschlands und der EU auf ein Niveau abgesenkt werden, welches den nachhaltigen Potentialen der deutschen und der europäischen Agrarflächen entspricht. Parallel sind wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um den Import von Agrokraftstoffen aus großflächigem Anbau zu unterbinden. DIE LINKE schließt sich dem von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen im Sommer 2007 geforderten Importmoratorium an. Überdies muss die Subventionierung des Einsatzes von importiertem Palmöl über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beendet werden. Der Einsatz von

Biogas zur stationären Erzeugung von Strom und Wärme sowie zur Einspeisung ins Gasnetz ist verstärkt zu fördern.

Überprüfung der nationalen und europäischen Ziele für biogene Kraftstoffe

Für Deutschland soll die Quote für den Anteil biogener Kraftstoffe am Gesamtkraftstoffverbrauch zunächst möglichst nahe am heutigen Niveau (rund 4 Prozent) eingefroren werden. Der Bestand der Anlagen zur Produktion von Agrartreibstoffen wird so im Grundsatz gesichert und Vertrauensschutz gegenüber den Investoren gewährleistet. Auch die Zielsetzung des Europäischen Rates von 10 Prozent bis 2020 bedarf einer nachhaltigeren Ausrichtung, also einer Korrektur nach unten.

Nutzung von Agroenergien flexibel an nachhaltigem Potential ausrichten

Statt einem starren Anteil für Agrokraftstoffe sollte eine variable Quote für heimische Bioenergien insgesamt festgelegt werden. Diese muss sich zum einen an den nachhaltig im Inland zur Verfügung stehenden Anbauflächen orientieren. Zum anderen ist sie abhängig vom Gesamtenergieverbrauch. Sollte sich durch eine Politik, die auf Energieeffizienz und der Verkehrsvermeidung setzt, der Energieverbrauch deutlich vermindern, so wäre ein entsprechend höherer prozentualer Bioenergie-Anteil machbar. Bei steigendem Kraft- oder Treibstoffeinsatz müsste die Quote entsprechend sinken.

Importverbot für Agroenergien aus Großplantagen, bei Raubbau oder Vertreibung

Die EU und Deutschland sollten ein Einfuhr-Moratorium für Agrartreibstoffe und Biomasse von industriellen Großplantagen, aus gentechnischem Anbau sowie aus offensichtlichem Raubbau erlassen. Wegen der gegenwärtig großen Probleme bei der Durchsetzung eines glaubhaften Zertifizierungssystems müsste das Einfuhrverbot auch jene Erzeugerländer als Ganzes umfassen, in denen vorgenannte Anbaumethoden regelmäßig praktiziert werden.

Kein Strom aus Palmöl

Angesichts der zunehmenden Verstromung von importiertem Palmöl in deutschen Kraftwerken ist ferner im Rahmen der laufenden EEG-Novelle festzulegen, dass die Förderung nur für biogene Brennstoffe aus dem Inland gezahlt wird.

Bioenergien in Deutschland richtig fördern

Nach einer Übergangszeit, die aufgrund des Vertrauensschutzes gewährt werden muss, sollte die Förderung von Bioenergien umgestellt werden. Statt einer generellen Agrokraftstoffförderung mittels Zwangsquote ist die Optimierung von Bioenergie in Bezug auf ihr Potential zur CO₂-Minderung und in Richtung der kombinierten Erzeugung von Strom und Wärme aus Bioenergie auszurichten. Die Produktion von Pflanzenölen und Biodiesel muss, um zukunftsfähig zu sein, kreislauforientierten regionalen Konzepten folgen.

Regeln für Agroenergien in Deutschland naturschutzgerecht festlegen

Der Einsatz von Düngemitteln muss auch beim Biomasseanbau reduziert werden. Die Erfordernisse des integrierten Pflanzenschutzes sind konsequent umzusetzen. Der Einsatz von Agrotechnik und der Umbruch von Dauergrünland sind zu verbieten. Der ökologische Landbau als die nachhaltigste Form der Landwirtschaft ist ebenso zu fördern wie alle Anstrengungen für eine weitere Ökologisierung der konventionellen Landwirtschaft. Die Schutzgebietsverordnungen sollten dahingehend überprüft werden, ob sie Umweltgefährdungen, die mit dem Anbau von nachwachsenden Rohstoffen einhergehen, hinreichend ausschließen.

Der Entwicklungspolitische Rundbrief wird herausgegeben von:

Heike Hänsel, MdB

Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Obfrau der Fraktion DIE LINKE. im Unterausschuss Vereinte Nationen

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 179
Fax: 030 227 – 76 179
heike.haensel@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:
Dr. Birgit Bock-Luna
Dr. Alexander King
Christine Scherzinger
Henning Zierock

Wahlkreisbüro Tübingen:
Heike Hänsel MdB
Am Lustnauer Tor 4
72074 Tübingen

Telefon: 07071 – 20 88 10
Fax: 07071 – 20 88 12

Wahlkreismitarbeiter/in:
Traudel Horn-Metzger
Frederico Elwing
heike.haensel@wk.bundestag.de

Regionalbüro Freiburg:
Heike Hänsel, MdB
Bürogemeinschaft Freiburger Linke
Greiffeneggring 2
79098 Freiburg

Telefon: 0761 – 45 10 292

Mitarbeiter/in:
Susanne Hartmann
Peer Villwock
freiburg@heike-haensel.de

Homepage: www.heike-haensel.de

Entwicklungspolitische Referentin der Fraktion DIE LINKE: Annette Groth

Telefon: 030 – 227 52 802
Email: annette.groth@linksfraktion.de

Hüseyin-Kenan Aydin, MdB

Obmann der Fraktion DIE LINKE. im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 491
Fax: 030 – 227 76 491
hueseyin.aydin@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:
Björn Aust
Dr. Frank Renken
Kim Weidenberg

Wahlkreisbüro in Duisburg:
Hüseyin-Kenan Aydin MdB
Mülheimer Str. 57
47058 Duisburg

Telefon: 0203 – 80 55 677
Fax: 0203 – 80 55 674

Wahlkreismitarbeiter/innen:
Martina Ammann-Hilberath
Ali Güler
Werner Wirtgen
hueseyin.aydin@wk.bundestag.de

Homepage: www.hueseyin-aydin.de